

1/2
75

Union in Deutschland

Bonn, den 9. Januar 1975

Frage an die FDP: Wohin geht die Reise?

Wer die vielfältigen Äußerungen — von der Mitbestimmung über die Berufsbildung bis hin zur Koalitionsfrage — nebeneinander stellt, weiß nicht mehr, was die FDP eigentlich will. So kommentiert die Presse das Stuttgarter Dreikönigstreffen.

Der Parteivorsitzende Helmut Kohl erklärte in einem Interview mit dem ZDF (5. 1. 75) zur Haltung der Union gegenüber den Freien Demokraten folgendes:

Wir müssen immer an die FDP die Frage stellen, wohin die Reise geht. Dies weiß zur Stunde niemand von uns. So, wie es sich jetzt abzeichnet, ist die FDP drauf und dran, sich auf eine längere Sicht in die babylonische Gefangenschaft der Sozialdemokraten zu begeben. Die FDP muß jetzt beweisen, ob sie die dritte Kraft der deutschen Politik wirklich ist, ob sie etwas bewegt. Und sie muß es dort bewegen, wo es längst an der Zeit ist; beispielsweise war diese Chance jetzt in Hessen gegeben.

Dort war eine Regierung tatsächlich abwählbar. Dennoch hat die FDP die bisherige Regierungskoalition verlängert. Wer also sagt dritte Kraft, muß das auch beweisen. Dies ist eine Frage, die nicht die CDU zu entscheiden hat, die muß die FDP selbst entscheiden.

■ NATO

Das Verständnis für den engen Zusammenhang zwischen Verteidigungsbereitschaft und Entspannung muß wieder geweckt werden, um den Erosionsprozeß der Allianz zu stoppen. Seite 5

■ KONJUNKTUR

Helmut Kohl erläuterte die Haltung der CDU zu dem vom Bundestag verabschiedeten, provisorisch zusammengemerkten Konjunkturprogramm der Bundesregierung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion äußert sich dazu in sechs Punkten. Seite 7

■ SPD

Eine Diffamierungskampagne der Jusos gegen die CDU/CSU wird von der SPD-Führung in ihren Grundzügen gedeckt. Seite 11

■ MITBESTIMMUNG

Der ratlos hin- und herpendelnden FDP kam in Stuttgart die Erkenntnis, ihre liberalen Grundsätze im Koalitionskompromiß zur Mitbestimmung verraten zu haben. Zu spät jedoch für ein Comeback. Seite 13

■ REGISTER

Diese UID-Ausgabe enthält das dritte Stichwort-Register für die Nummern 40 bis 52.

Dokumentation

■ INFORMATIONEN

Regierung machtlos gegenüber Presseproblemen

Als „unumgänglich“ und „notwendig“ hat Bundespostminister Kurt Gscheidle die Erhöhung der Postzeitungsgebühren bezeichnet, die am 1. Januar in Kraft getreten ist. Forderungen nach einer nachträglichen Aussetzung dieser Maßnahme wies Gscheidle damit zurück.

Der stellvertretende Sprecher der CDU, Karl Hugo Pruys, erklärte dazu in Bonn, die jetzt wirksam gewordene drastische Erhöhung der Postzeitungsdienstgebühren werde unweigerlich in weiten Bereichen der gedruckten, auf den Postversand angewiesenen Publizistik eine „erhebliche Schmälerung der Meinungsvielfalt zur Folge haben“. Die Äußerungen des Bundespostministers enthielten das Eingeständnis der Bundesregierung, den aktuellen Problemen der Presse gegenüber machtlos zu sein.

Soziale Sicherung immer teurer

Die soziale Sicherung beansprucht in der Bundesrepublik einen immer größeren Teil des Bruttosozialprodukts. Während 1974 die gesamten Sozialleistungen mit 293 Mrd. DM 28,5% des Bruttosozialprodukts erforderten, wird dieser Anteil bis 1978 auf 29,1% ansteigen. Dies geht aus dem von der Bundesregierung vorgelegten Sozialbudget 1974 hervor.

Auf Bund, Länder und Gemeinden entfielen im Vorjahr 44,9% der Gesamtfinanzierung oder 131,8 Mrd. DM, da-

von auf den Bund allein 24,4% (71,6 Mrd. DM). Die privaten Haushalte steuerten lediglich 21,4% (62,99 Mrd. DM) zur Finanzierung ihrer eigenen sozialen Sicherheit bei. Fast 100 Mrd. DM oder 33% der Gesamtfinanzierung stammt von den Unternehmen. Dies bedeutete gegenüber 1973 eine Steigerung der Leistungen um 9,5%.

Heinemann auf Abwegen

Seiner Bestürzung über die Einseitigkeit in dem Brief Gustav Heinemanns an Ulrike Meinhof gab der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Vogel, Ausdruck. Es finde sich kein Wort zu den kriminellen Aktivitäten der Baader-Meinhof-Bande und insbesondere kein Wort über die Steuerung krimineller Aktivitäten der Bande aus den Gefängniszellen heraus. Das alles gehöre aber un trennbar mit zu dem „Lebensweg“ der Ulrike Meinhof. Auf solche Weise laufe Heinemann Gefahr, seine Autorität, die er sich als Bundespräsident erworben habe, aufs Spiel zu setzen und mißverstandenen Auffassungen über Ziele und Motive der Baader-Meinhof-Bande Vorschub zu leisten.

Die Inflation trabt weiter

Der Rückgang der Steigerungsrate für Lebenshaltungskosten von 7,1% im Oktober 1973 auf 6,5% im November 1974 ist nicht etwa, wie die Bundesregierung der Bevölkerung weismachen möchte, ein Erfolg ihrer Stabilisierungspolitik, sondern nur ein statistischer Effekt. Die Teuerungsrate fällt für die letzten Monate 1974 und für Anfang 1975 deshalb geringer aus, weil vor Jahresfrist infolge der beträchtlichen Ölpreiserhöhung die Preise besonders stark ge-

stiegen sind und die Berechnungsmethode auf dem Jahresvergleich beruht. Die Statistiker nennen diesen Effekt „Basiseffekt“.

Der Basiseffekt bewirkt, daß bei einem hohen Ausgangsniveau, wie es vor Jahresfrist bestand, die Steigerungsrate relativ gering ausfällt und umgekehrt. Daß die Inflation munter weitertrabt und sich sogar wieder beschleunigt, zeigt die gleiche Statistik, wenn man die monatlichen Veränderungen zugrunde legt. Danach ergibt sich folgendes Bild: Bis Juli/August 1974 verlangsamt sich die Teuerung, nahm aber von diesem Zeitpunkt an rasch wieder zu, wie die Tabelle deutlich zeigt:

Zeit	Index	Veränderung in %
1974 Mai	126,7	+ 0,6
Juni	127,2	+ 0,4
Juli	127,5	+ 0,2
Aug.	127,7	+ 0,2
Sept.	128,1	+ 0,3
Okt.	128,8	+ 0,5
Nov.	129,7	+ 0,7

Bonn kein Dukatenesel für die DDR

Das ganze System der Zahlungen an die DDR sollte nach Ansicht des Vorsitzenden des innerdeutschen Bundestagsausschusses, des CDU-MdB Olaf von Wrangel, von Grund auf neu überdacht und geregelt werden. Die Bundesrepublik dürfe sich nicht den Anschein geben, „eine Art Dukatenesel für die DDR“ zu sein. Zu überprüfen seien z. B. die Visum- und Straßengebühren, die, „wenn sie weiter gezahlt werden, direkt zugunsten des Berlinverkehrs und der Menschen angelegt werden sollten“.

STICHWORTE

800 Juden

leben nur noch in der DDR und in Ost-Berlin. 90 % sind zwischen 55 und 90 Jahre alt. 1950 lebten in der DDR noch 3 319 Juden.

Fünf Prozent

der Journalisten in der Bundesrepublik sind arbeitslos. Die Zahl wird sich durch Kooperation und Konzentration im Zeitungswesen noch erhöhen.

Trotz Anwerbestopp

für Gastarbeiter ist die Zahl der Ausländer in der Bundesrepublik (4,1 Millionen) gegenüber 1973 um vier Prozent gestiegen. Grund: Der beträchtliche Geburtenüberschuß der Gastarbeiterfamilien.

Keine Gemeinsamkeit

der deutschen Sprache gibt es für die DDR. Das Denken und Handeln, so die Wochenzeitung „Volksarmee“, werde durch ihre Klassenzugehörigkeit, nicht durch ihre Muttersprache bestimmt.

Verdoppelt hat

sich der Aufwand für Sozialhilfe in der Bundesrepublik innerhalb von vier Jahren.

120 Millionen DM

wurden in der abgelaufenen Saison für die Vernichtung von nicht absetzbarem Obst und Gemüse in der EG ausgegeben.

Für die Benutzung

der Transitwege von und nach Berlin überwies das Bonner Finanzministerium seit 1972 der DDR rd. 700 Millionen DM. 939,6 Millionen werden es bis April 1975 sein.

■ KONJUNKTUR

Die Prognosen des Bundeskanzlers Helmut Schmidt

Die Propagandamaschinerie der SPD/FDP-Koalition läuft gegenwärtig auf Hochtouren, um der Bevölkerung — koste es, was es wolle — Optimismus einzutrichern. Wie weiland Brandt mit seiner illusionären Ostpolitik verspricht jetzt Schmidt den „neuen Aufschwung“.

Schon weit früher als sein Vorgänger verheddert sich der gegenwärtige Bundeskanzler bei seinen Prognosen in Widersprüche, genauso wie in seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister und als Vorsitzender der SPD-Langzeitkommission.

Frage: Wann kommt der Aufschwung?

Prognose Nr. 1: „Im Frühsommer werden wir über den Berg sein.“ (Überschrift einer ganzseitigen Anzeige der Bundesregierung mit einem Foto Schmidts in allen deutschen Tageszeitungen am 31. 12. 1974; Kosten: rd. 1,5 Millionen DM aus Steuermitteln.)

Prognose Nr. 2: „Heute in zwölf Monaten wird es anders und besser aussehen.“ (Ansprache des Bundeskanzlers zum Jahreswechsel in Funk und Fernsehen am 31. 12. 1974.)

Zur Prognose Nr. 1 schreibt der angesehene Wirtschaftsdienst Curt L. Schmidt am 3. 1. 1975: „Die Leichtsin- nigkeit dieser regierungsamtlichen Pa-

role verdient Bewunderung. Aber — ganz abgesehen von der realen wirtschaftlichen Entwicklung: Vor dem Frühsommer kommt der Mai; und am 4. Mai sind die Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Dieser Tag kann leicht zur Schicksalsstunde der Regierung Schmidt werden. Aus der Umgebung des Kanzlers ist zu hören, daß Schmidt persönlich die Wahl-Aussichten von SPD und FDP in NRW höchst skeptisch beurteilt. Der forsche Elan der ersten Kanzler-Monate ist längst gebrochen.“

Wie die Bevölkerung am Jahreswechsel denkt, ermittelten die Wickert-Institute Tübingen, und das Bielefelder Emnid-Institut. Die Wickert-Umfrage zwischen den Jahren — 1710 Befragte in 312 Orten — ergab, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung eher sorgenvoll dem neuen Jahr entgegenseht. 56 Prozent sind pessimistisch. Nur 40 Prozent der Bürger über 18 Jahren gehen mit Hoffnungen ins neue Jahr.

Ein Vergleich mit der Umfrage in den ersten Dezembertagen ergab, daß die Bundesbürger über die Festtage pessimistischer geworden sind. Die hauptsächlichsten Begründungen: Nur schlechte Nachrichten aus aller Welt verstärkte Sorge um den Arbeitsplatz. Außerdem wurden klärende Worte zum Jahresende von Regierung, Gewerkschaften und Verbänden vermißt.

77 Prozent der von Emnid an der Jahreswende befragten tausend Bundesbürger erwarten, daß 1975 „ein Jahr der steigenden Preise“ sein werde. Nur sieben Prozent vertrauen auf fallende Preise. Während 75 Prozent mit zunehmender Arbeitslosigkeit rechnen, erwarten nur acht Prozent Vollbeschäftigung. 59 Prozent der Bundesbürger rechnen schließlich mit steigenden Steuern.

■ NATO

Verteidigung und Entspannung wieder ins Gleichgewicht bringen

Die atlantische Allianz darf nicht den Anschluß an die Zukunft verpassen. Die am Jahresende von den höchsten NATO-Gremien gefaßten Beschlüsse reichen nicht aus, um den Erosionsprozeß der Allianz zu stoppen. Woran krankt die NATO? Was kann und muß geschehen? Diese Fragen beantwortet der verteidigungspolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Dr. Manfred Wörner.

1. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, das auf die Abwehr militärischer Bedrohung im Ost-West-Konflikt zugeschnitten ist. Nun aber tauchen völlig neue Dimensionen der Bedrohung auf, auf deren Bewältigung das Bündnis nicht eingerichtet ist. Das gilt von der Wirtschafts- wie von der Öl- und Energiekrise und nicht zuletzt auch von den Folgen des Nord-Süd-Konflikts.

Werden diese Probleme zwischen den Staaten der Allianz nicht gelöst, dann müssen sie bündnissprengenden Charakter annehmen. Es stellt sich die Frage, ob die NATO, als Verteidigungsbündnis gegen den Osten konstruiert, für einen Wirtschaftskrieg gegen arabische Ölproduzenten taugt. Gegen die Ölwaflle läßt sich nicht mit Panzern oder Flugzeugen angehen.

2. Das atlantische Bündnis begrenzt seinen Schutzbereich ausdrücklich auf den geographischen Raum der Territorien der Allianzstaaten. Lange hat man

verständlicherweise gemeint, Krisen außerhalb dieses Raumes gingen das Bündnis nichts an. Mit dem Nahost-Konflikt und seinen möglichen Konsequenzen für das Bündnis wird auf schmerzhaft Weise bewußt, daß sich die politische Zuständigkeit der Allianz nicht auf ihren militärischen Schutzraum begrenzen läßt.

3. Die Schwierigkeiten dieses in der Zeit höchster Spannung zwischen Ost und West konzipierten Bündnisses hängen nicht zuletzt damit zusammen, daß im Grunde bis heute das gleichgewichtige Betreiben von Entspannung und Verteidigung geistig wie politisch nicht bewältigt wurde.

Der strategische Zusammenhang von Entspannung und Verteidigung wird im Bündnis zwar verbal immer wieder beschworen, faktisch aber mißachtet. Entspannung wird auf Kosten der Verteidigung getrieben. Das Bündnis wird zum Opfer seines Erfolgs. Je länger der Friede andauert, desto mehr Menschen vergessen, worauf er beruht.

Dazu tritt eine mehr vom Wunsch als von der Wirklichkeit geprägte Fehleinschätzung der sowjetischen Politik. Die andauernde ideologische Konfrontation mit all ihren Folgen wird im Westen generell unterschätzt.

4. Mit der strategischen Parität der beiden Supermächte hat sich die sicherheitspolitische Landschaft tiefgreifend verändert. Lange hat es gedauert, bis

man in den USA und vor allem in Europa begriff, daß die strategische Konzeption dieser neuen Sachlage anzupassen war. Die stärkere Bedeutung konventioneller Verteidigung, die Frage nach der Rolle und dem Einsatz taktisch-nuklearer Waffen lassen Gegensätze im Bündnis aufbrechen, die teils auf eingebilddete, teils auf wirkliche Interessenkonflikte zurückgehen.

Gemeinsame Ölpolitik des Westens

Was kann und muß geschehen?

1. Die NATO muß die Konsequenzen aus den neuen Dimensionen der Bedrohung ziehen. Sie darf in ihrer Zielsetzung nicht auf den militärischen Bereich begrenzt bleiben. Die solidarische Bewältigung der Energie- und Wirtschaftsprobleme durch die Staaten der Allianz entscheidet ebenso sehr über ihre Zukunft wie ihre militärischen Anstrengungen. Wichtiger als alles andere ist eine gemeinsame Öl-Politik des Westens. Wir wollen keine Konfrontation mit den ölproduzierenden Staaten. Wir wollen zusammenarbeiten. Wer aber die Kooperation will, muß in der Lage sein, eine Konfrontation durchzustehen. Wir können diese Probleme nur mit und nicht gegen die USA und auch nicht an ihnen vorbei lösen.

Wir sind dankbar für die zwischen Frankreich und den USA erzielte Verständigung. Wir hoffen, daß sie auch in Krisenzeiten trägt.

Sicher ist jedenfalls, daß wir angesichts der zu erwartenden Krisen gut daran tun, unsere Anstrengungen nachhaltig zu verstärken, um unsere Energieversorgung vom Öl unabhängiger zu machen. Bei der Bewältigung der Wirtschafts-, Währungs- und Zahlungsbilanzprobleme in der Allianz können

unsere Verbündeten nach dem Maße unserer Leistungskraft mit unserem solidarischen Beitrag rechnen.

Wer in einer solchen Situation, in der die Allianz auch unsere finanzielle Kraft bis zum äußersten beansprucht, großzügig Kredite an den Osten gibt, muß wissen, daß er damit unseren Interessen schadet.

2. Die NATO hat sich seither mehr mit der Bewertung vergangener als mit der Vorsorge gegen künftige Krisen befaßt. Darum muß die Bundesregierung darauf drängen, daß die Krisenplanung und Krisenvorsorge zu einem der künftigen Schwerpunkte der Allianzpolitik wird. Dies gilt für mögliche Krisenherde innerhalb wie für solche außerhalb der Allianz.

Eine Belastungsprobe kann nur durchgestanden werden, wenn das Bündnis solidarisch bleibt. Das bedeutet, daß die Allianz die Amerikaner nicht im Stich lassen darf. Dies setzt allerdings voraus, daß u. a. über die Ölversorgung der Verbündeten in kritischen Momenten klare Absprachen getroffen werden.

Ohne Sicherung der Freiheit keine Gesellschaftspolitik

3. Verteidigung und Entspannung müssen wieder ins Gleichgewicht gebracht werden. Das heißt nichts anderes, als daß den Verteidigungsanstrengungen in den Bündnisstaaten ein höherer Rang zugemessen werden muß. Die europäischen Staaten müssen aufhören, die Verteidigungsetats als eine Art Reservekasse zu betrachten, aus der man in Zeiten der Not andere Bedürfnisse befriedigen kann. Immer noch ist die Sicherheit der Freiheit die erste und wichtigste Voraussetzung jeglicher Sozial- und Gesellschaftspolitik.

KONJUNKTURPROGRAMM

Für notwendige Verbesserungen ließ die Regierung keine Zeit

In einem unverantwortlichen Eilverfahren haben Regierung und Koalition kurz vor Weihnachten das Konjunkturprogramm im Bundestag und im Bundesrat durchgepeitscht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die von der CDU/CSU regierten Länder haben das Programm passieren lassen, es sich aber nicht zu eigen gemacht. Die Diskussion geht weiter. Nachfolgend in sechs Punkten die Argumente der Union zu diesem Programm.

1. Die CDU/CSU ist tief besorgt über die ernste Lage der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wachsen alarmierend an. Die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche steigt unvermindert. Die Lage der Staatsfinanzen spitzt sich dramatisch zu. Die inflationäre Entwicklung ist ungebrochen.
2. Die CDU/CSU rügt aufschärfste, daß die Behandlung des Konjunkturprogramms durch die Bundesregierung dem Gesetzgeber keine ausreichende Zeit gegeben hat, die Vorschläge eingehend zu prüfen. Nachdem die Bundesregierung monatelang dieses Zehnmilliarden-DM-Programm erörtert hat, standen für die Beratungen in den zuständigen Bundestagsausschüssen nur wenige Stunden zur Verfügung.
3. Die CDU/CSU beanstandet, daß die Bundesregierung entgegen ihrer Ver-

pflichtung zu den Gesetzesvorlagen keine Kostenangaben gemacht hat. Sie stellt fest, daß außerdem die vorgeschriebenen Deckungsvorschläge fehlen. Allein die Dringlichkeit der Maßnahmen hat die CDU/CSU davon abgehalten, wegen dieser und anderer schwerwiegender rechtlicher Mängel die Vorlagen scheitern zu lassen.

4. Die CDU/CSU befürchtet, daß das Programm falsch angelegt ist und deshalb nicht ausreicht, die Investitionen dauerhaft zu beleben, um damit einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung einzuleiten. Die tiefer liegenden Ursachen für die derzeitigen Schwierigkeiten werden nicht ausgeräumt. Weder werden die Ertragsaussichten nachhaltig verbessert, noch wird der Kostendruck vermindert. Beide Voraussetzungen schaffen für die Wirtschaft erst die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu sichern oder neu zu schaffen.

5. Die Gewährung der Investitionszulage ohne Begrenzung nach oben wird dazu beitragen, daß Milliarden von Steuergeldern ohne entsprechende konjunkturpolitische Auswirkung ausgegeben werden. Es wäre besser gewesen, durch eine Begrenzung der Investitionszulagen Steuermittel einzusparen, um die mittelständischen Unternehmen wesentlich stärker fördern zu können. Der von einer Zulage von 7,5 % ausgehende Investitionsimpuls ist für die kleinen und mittleren Unter-

nehmen zu schwach. Zum Ausgleich ihrer gegenüber der Großwirtschaft ungünstigeren Liquiditäts- und Ertragslage wäre ein wesentlich höherer Satz erforderlich gewesen. Für diejenigen mittelständischen Unternehmen, die durch die seit langem anhaltende Hochzinspolitik sowie den allgemeinen Kosten- und Abgabendruck unverschuldet in ihrer Existenz unmittelbar bedroht sind, hätten ferner spezielle Zinsverbilligungsmaßnahmen vorgesehen werden müssen.

6. Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, die den ständig steigenden Steuer- und Abgabendruck auf die für die Investitionen notwendigen Erträge dauerhaft vermindern und die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Zinsniveau stetig abgebaut werden kann.

Die Bundesregierung wird weiterhin aufgefordert, zur Wiederherstellung geordneter Staatsfinanzen unverzüglich ein an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen ausgerichteten neuen Finanzplan vorzulegen.

Verschleierungstaktik der Bundesregierung

Zu dem letzten Punkt stellte der Parteivorsitzende Dr. Helmut Kohl in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz im Bundesrat folgendes fest:

„Die Bundesregierung beabsichtigt offensichtlich, die sich für die Folgejahre anbahnende Entwicklung der Staatsfinanzen jetzt nicht zu diskutieren; man kann auch sagen, sie ist offensichtlich dabei, sie zu verschleiern. Anders ist es kaum verständlich, daß sie sich strikt weigerte, im Finanzplanungsrat über diese traurigen Perspektiven zu sprechen. In diesem Zusammenhang müs-

sen wir davon sprechen, daß sich die Zusage des Bundeskanzlers in der Regierungserklärung Mitte dieses Jahres, in Kontinuität zu den bisherigen SPD/FDP-Regierungen Programme und Projekte zu verwirklichen, als nicht haltbar erweist.“

Die Haltung der Union im Bundestag und im Bundesrat erläuterte Dr. Helmut Kohl wie folgt:

Die CDU läßt sich nicht zum Buhmann machen

„Wir werden diese Gesetze passieren lassen, und ich erkläre ausdrücklich hierzu, daß dies geschieht, nicht weil wir diese Gesetze für gut und richtig halten, sondern weil wir von vornherein der Bundesregierung nicht die Chance des Vorwands geben wollen, für die wirtschaftlichen Mißerfolge der Zukunft schon jetzt den passenden propagandistischen Buhmann aufzubauen.“

Das parlamentarisch Konsequente wäre, in einer solchen Situation sich der Stimme zu enthalten. Nach der Geschäftsordnung des Bundesrates geht das nicht, sondern Sie alle wissen, hier ist ein positives Votum nötig. Aber wir erklären ausdrücklich, daß wir nicht bereit sind, die Gesamtverantwortung für dieses Programm mitzutragen, das ein Teil der falschen Gesamtpolitik der Bundesregierung ist, und daß wir uns nicht bereit finden könnten, dafür Verantwortung zu übernehmen. Dies ist das Passierenlassen eines Bündels von Maßnahmen, die dem Grunde nach notwendig, dem Inhalt nach verbesserungsbedürftig sind und dem von der Bundesregierung geplanten Zeitablauf nach für eine Verbesserung keine Zeit-chance geben. Ich bedauere, daß ich diese Erklärung abgeben muß. Ich hoffe aber sehr, daß wir vielleicht gemeinsam aus dieser heutigen Erfahrung lernen.“

■ KOALITION

„Gefährlicher Machtwechsel?“

Bemerkenswerterweise geht das Bundespresseamt in seinem Nachrichtenspiegel auf einen Leitartikel der FAZ ein, in dem es u. a. heißt: „In vorsichtiger Form hat Bundeskanzler Schmidt eine These wiederholt, die vor ihm schon Kühn aufgestellt hatte. Der in einer parlamentarischen Demokratie eigentlich selbstverständliche Machtwechsel wird plötzlich als gefährlich hingestellt, weil die mit Abstand gefährlichste Organisation, die Gewerkschaften, diesen Machtwechsel nicht ohne weiteres anzuerkennen geneigt sei. Bedenklich ist, daß nun auch der Bundeskanzler Befürchtungen über ein antidemokratisches Verhalten der Gewerkschaften nährt. Wenn irgendwo die vielbeschworene Solidarität der Demokraten aller Parteien gefordert ist, dann in diesem Punkt: der uneingeschränkten Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen, auch durch die Gewerkschaften.“

Ostpolitik: Späte Erkenntnisse

Die vielbeachtete Erklärung zur Ostpolitik, die Staatssekretär Günter Gaus, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, am 31. 12. 1974 im Deutschlandfunk abgab, hat folgenden Wortlaut:

„Ich glaube, wir haben uns alle Illusionen gemacht, der eine mehr, der andere weniger. Aber wir alle, und zwar gerade auch die Sympathisanten dieser Entspannungspolitik, haben uns Illusionen gemacht. Wir alle sind in unseren Berechnungen zu kurzatmig gewesen, und wenn man meint, man hat sechs Monate mal geduldig auf etwas gewar-

tet und nun sei man also schon sehr, sehr geduldig gewesen, dann ist dies Kinderei. Wir müssen uns einstellen auf eine Politik, wo die Abgrenzungsbedürfnisse der DDR — ob berechtigt oder nicht berechtigt — noch über ganz, ganz viele Jahre hin zunehmen und wir dennoch diese Politik weitermachen müssen, weil nur so allmählich ein Modus vivendi zwischen den beiden deutschen Staaten gefunden werden kann.“ Hierzu ein Zitat aus der „Rheinischen Post“ vom 2. Januar: „Gaus gibt damit denen Recht, die bereits in der Vergangenheit vor allzuviel Euphorie gewarnt hatten. Leider waren diese Leute allerdings von der Regierung und deren Sympathisanten, zu denen auch Gaus als Chefredakteur des Nachrichtenmagazins ‚Der Spiegel‘ gehörte, als Schwarzmaler oder sogar als Entspannungsgegner beschimpft worden.“

SPD-Langzeitprogramm zeigt Linksruck

Scharfe Kritik übte der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und CDU-Landesvorsitzende Dr. Gerhard Stoltenberg an den bisher bekannt gewordenen Passagen eines neuen Langzeitprogramms der SPD. In ihnen komme ein „deutlicher Linksruck gegenüber dem Godesberger Programm“ zum Ausdruck. „Neben unklaren Formulierungen zu Kernfragen der Staats- und Wirtschaftsordnung stehen eindeutig neomarxistische Aussagen“ sagte er. „Falsch und bedenklich“ sei vor allem die Behauptung, die Bundesrepublik sei eine Klassengesellschaft geblieben. Wer das Ziel der absoluten Gleichheit aller in den Ergebnissen ihres beruflichen oder persönlichen Lebens vertrete, gefährde die grundlegenden staatsbürgerlichen Freiheiten. „Die massive Kritik des SPD-Entwurfs an unserer marktwirtschaft-

lichen Ordnung muß das Vertrauen in die langfristigen Ziele der führenden Bonner Regierungspartei weiter erschüttern“, sagte Stoltenberg.

Neue Partei links der SPD?

Sieben Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in Herrsching, darunter Gemeinderat Bernd Valier, traten aus der Partei aus. Damit haben dort in einem Jahr bereits 15 junge SPD-Mitglieder ihrer Partei den Rücken gekehrt. Die Gruppe will sich nun darum bemühen, „sowohl im kommunalpolitischen als auch im größeren Rahmen eine Partei links von der SPD zu gründen“. Edgar Pielmeier, einer der SPD-Dissidenten, erhofft sich eine „Kettenreaktion“ in anderen Gemeinden. Er befürchtet nicht, daß die erst in vagen Umrissen erkennbare neue Partei eine „Sektierergruppe“ werden könnte. Er könne sich vielmehr vorstellen, daß das neue Sammelbecken enttäuschter Genossen „gar nicht schlecht ankommt“.

Warum die Wähler der SPD davonlaufen

Für die schwindende Beliebtheit der SPD haben, wie den „Vertraulichen Mitteilungen“ zu entnehmen ist, Meinungsforschungsinstitute nachstehende Gründe ermittelt:

- a) Ostpolitik ohne Gegenleistung der Kommunisten;
- b) kein energisches Einschreiten gegen Kriminalität und Anarchie;
- c) fehlende konkrete Maßnahmen gegen Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und steigende Preise;
- d) Ohnmacht gegen die unverantwortlichen Forderungen der Gewerkschaften, besonders beim öffentlichen Dienst;

e) zerstrittene Parteiführung ohne Abgrenzung nach links.

Dieses Meinungsbild trifft nicht nur auf ältere Wähler zu, sondern gilt vor allem auch für Jugendliche. 92 % der 6,5 Millionen Jugendlichen zwischen 15 und 23 Jahren wünschen sich Geborgenheit in der Familie, Ordnung und Sicherheit, Leistung und Erfolg, Anerkennung durch Eltern und Erzieher und ein echtes Vaterland. In Hessen waren am 27. Oktober die Jungwähler bei der SPD um 15,6 % zurückgegangen, in Bayern um 17,1 %. Bei den ASTA-Wahlen an den Universitäten verlieren die Linksgruppen zunehmend an Einfluß, obwohl ihnen große finanzielle Mittel für ihre Kampagnen zur Verfügung stehen (in Bonn z. B. verfügen die Linksradiكالen über einen Jahresetat von 800 000 DM).

Bahr bleibt Illusionist

Zu den erneuten Hinweisen des Entwicklungsministers Bahr auf Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ostblock erklärte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. J. G. Todenhöfer, Minister Bahr würde der Bundesrepublik einen wertvollen Dienst leisten, wenn er seine Illusionen über die großen Möglichkeiten einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Ostblock bald begraben würde. Die bisherige Zusammenarbeit zwischen westlichen Industrieländern und den Ostblockstaaten in der Dritten Welt habe meist nur dazu gedient, die Finanzierungslücken des Ostblocks zu schließen und ihm aus seinen Devisenschwierigkeiten herauszuhelfen. Die Entwicklungshilfe mit dem Ostblock sei meist Entwicklungshilfe für den Ostblock.

■ JUNGSOZIALISTEN

Stationen einer Hetzkampagne

Die SPD versucht, die CDU/CSU in einer an östliche Vorbilder erinnernden Hetzkampagne zu diffamieren. Dabei spielen die Jungsozialisten die Scharfmacher-Rolle. Sie genießen die volle Rückendeckung der Parteiführung.

So lautet beispielsweise die Entschließung des Juso-Rats im SPD-Unterbezirk Bremen zum Bombenanschlag auf den Bremer Hauptbahnhof am 7. Dezember 1974 folgendermaßen:

„Die Jungsozialisten stellen fest: Die Reaktion nimmt die jüngsten Ereignisse zum Anlaß, um Angst und Hysterie in der Bevölkerung zu erzeugen und sich als einzige Kraft darzustellen, die in der Lage ist, Recht und Ordnung wieder herzustellen.

Personen wie Dregger, Carstens, Strauß und Löwenthal aber sind die für die Demokratie weitaus gefährlicheren geistigen Terroristen. Nicht von einigen wildgewordenen Kleinbürgern vom Format der RAF („Rote Armee Fraktion“ der Baader/Meinhof-Bande; d. Red.) droht die Hauptgefahr für Demokratie und Recht und Ordnung, sondern von jenen Reaktionären, die vieltausendfachen Mord und Terror z. B. in Chile auf ihre Weise unterstützen, die mit dafür sorgen, daß Nazi-Verbrecher von unserer Justiz weitgehend verschont bleiben, gegen Entspannung und Frieden hetzen.

Diese gehören zur geistigen Verwandtschaft derjenigen, die einst in unserem

Land Mord und Terror im KZ haben ausüben lassen. Ihre offenkundigen Sympathien für faschistische und rassistische Regimes (z. B. Brasilien, Spanien, Südafrika, Chile) muß bei allen Demokraten die Befürchtung wecken, daß sie ähnliche Systeme auch bei uns einführen werden, wenn ihnen nicht von der demokratischen Bewegung entschieden entgegengetreten wird. Die Geschichte hat erwiesen, daß der gefährlichste Gegner aller Demokraten rechts steht. Nur gegen rechts kann auch im Kampf gegen Terror der Rechtsstaat gewahrt und ausgebaut werden.“

Der Unterzeichner dieser Entschließung vom 13. Dezember, Klaus Wedemeier, ist Mitglied der Bremer Bürgerschaft.

Der CDU-Landesvorstand Bremen und die CDU-Bürgerschaftsfraktion erstatteten am 13. Dezember Strafantrag gegen Wedemeier und „die übrigen an der Abfassung und der Verteilung der Entschließung... Beteiligten“. Die CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft legte am 13. Dezember einen Entschließungsantrag vor: „Die Bürgerschaft (Landtag) distanziert sich entschieden von den die CDU/CSU und ihre führenden Repräsentanten beleidigenden und diffamierenden Aussagen, die in einer vom SPD-Bürgerschaftsabgeordneten Wedemeier unterzeichneten Entschließung einer SPD-Arbeitsgemeinschaft enthalten sind.“

Die SPD verlangte, aus dieser Entschließung den Namen des Abgeordneten Wedemeier herauszunehmen. We-

demeier selbst aber weigerte sich ausdrücklich, sich von dem Beschluß der Jungsozialisten zu distanzieren. Der Antrag der CDU wurde von der SPD abgelehnt.

Die Jungsozialisten des niedersächsischen SPD-Bezirks Weser-Ems verabschiedeten auf ihrer Bezirkskonferenz in Bad Zwischenahn am 14./15. Dezember eine Solidaritäts-Adresse an die Genossen in Bremen, in der es hieß, Dregger, Carstens und Strauß seien „geistige Terroristen, die auf ihre Weise vieltausendfachen Mord und Terror unterstützten“.

Landesvorstand und Unterbezirksvorstand der Bremer SPD verabschiedeten am 16. Dezember eine Erklärung, in der es heißt: „Die Formulierungen der Juso-Erklärung, die sich mit der CDU/CSU auseinandersetzen, sind politisch falsch... Die CDU/CSU hat in der Vergangenheit die SPD als verfassungsfeindlich mehrfach diffamiert. Äußerungen namhafter CDU/CSU-Politiker wie Strauß und Dregger sind hierfür ein Beweis. Die notwendige Abwehr dieser Angriffe rechtfertigt jedoch nicht einen gleichen Sprachstil. Der Juso-Rat wird darum aufgefordert, den entsprechenden Teil seiner Erklärung so zu korrigieren, daß eine sachgerechte Abgrenzung gegen die CDU/CSU für die Öffentlichkeit erkennbar wird. Die Juso-Rat-Erklärung ist dann ein wichtiger Beitrag für die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.“ Das SPD-Präsidium in Bonn „bekräftigte“ diese „Erklärung“ am 17. Dezember.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Carstens, schickte dem SPD-Vorsitzenden Brandt am 13. Dezember folgendes Telegramm: „... wie mir soeben bekannt wird, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Jungsozialisten im Unterbezirk Bremen

— heute eine Resolution veröffentlicht, in der meine Kollegen Dregger, Strauß und ich in übelster Weise diffamiert werden. Nicht von der RAF, sondern von uns drohe die Hauptgefahr für Demokratie und Recht und Ordnung. Das Pamphlet endet mit der ungeheuerlichen Beschuldigung, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland ein ähnliches System wie das durch Mord und Terror in den KZ's gekennzeichnete frühere faschistische System einführen wollten. Ich fordere Sie auf, sich von dieser unerträglichen Diffamierung umgehend zu distanzieren und gegen die Urheber die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.“

Darauf antwortete Brandt am 17. Dezember: „... Wie Sie den Nachrichten entnehmen konnten, haben gestern abend die Vorstände der Bremer Sozialdemokraten einen Beschluß gefaßt, den sich das Präsidium der SPD heute ausdrücklich zu eigen machte. Ich verurteile es, wenn in der politischen Auseinandersetzung diffamiert und verteufelt wird. Es wäre begrüßenswert, wenn hierauf auch in den Bereichen Ihrer Verantwortung geachtet würde.“

Karl Carstens antwortete noch am gleichen Tag: „Ihre heutige Antwort auf mein Fernschreiben vom 13. Dezember erweckt den Eindruck, daß Sie und die Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht bereit sind, sich von der unerhörten Diffamierung führender Unionspolitiker durch die Bremer Jungsozialisten unter Wortführung eines Mitglieds der SPD-Fraktion der Bremer Bürgerschaft eindeutig zu distanzieren... Ich fordere Sie erneut auf, sich von diesen beschämenden Vorfällen deutlich zu distanzieren und dafür Sorge zu tragen, daß solche verleumderischen Angriffe gegen führende Politiker der Unionsparteien abgestellt werden.“

■ MITBESTIMMUNG

Zu spät stellt sich die FDP die „liberale Existenzfrage“

Auf dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am letzten Wochenende forderte der Landesparteitag mit einer Stimme Mehrheit eine Korrektur der Regierungsvorlage eines Mitbestimmungsgesetzes: Beseitigung des Wahlmännerverfahrens und Wiedereinführung der Urwahl: d. h. das direkte Wahlrecht der Arbeitnehmer für ihre Vertreter im Aufsichtsrat.

Generalsekretär Bangemann, zugleich Landesvorsitzender der FDP in Baden-Württemberg, bezeichnete die Urwahl als „liberale Existenzfrage“, das Wahlmännerverfahren sei undemokratisch, und derjenige, der die Urwahl beseitigen wolle, müsse auch begründen, warum der einzelne Arbeitnehmer seine Vertreter im Aufsichtsrat nicht selbst wählen dürfen soll.

Dies alles sind starke Worte, zumal dann, wenn Bangemann behauptet, seit zehn Jahren für die Mitbestimmung als „liberalen Markenartikel“ gekämpft zu haben. Der Koalitionskompromiß ist und bleibt eben ein Abschied von dem Freiburger Programm der FDP, in dem noch die direkte Wahl versprochen und den leitenden Angestellten als „dispositivem Faktor“ eine besondere Vertretung im Aufsichtsrat versprochen worden war.

Als die FDP Anfang dieses Jahres nach ihren Grundprinzipien und danach gefragt wurde, was denn aus Freiburg in dem Koalitionskompromiß zur Mitbestimmung geworden sei, da wurde gerade Freiburg als Zeuge der „Liberalität“ beschworen. Einer der Väter dieses Programms, Herr Maihofer, beschwor dieses Gesetz als Teil des Weges zum „Bürgerstaat“. Erst nach den Sachverständigenanhörungen in den letzten Wochen scheint man gemerkt zu haben, daß dieses Gesetz weder gut gemacht und sachlich richtig noch verkäuflich und wählerwirksam ist.

Die FDP verpaßte die Stunde ihrer Bewährung

Und nun hängt man sich mit großem Auftritt an all die Warnungen an, die von der CDU seit Jahren vertreten, in Hamburg verdeutlicht und gerade in der Mehrheitsentscheidung des Bundesrates ihren Niederschlag gefunden haben. Die CDU hat sich immer gegen die Beseitigung der Urwahl des einzelnen Arbeitnehmers gewehrt und sich für eine sachgerechte Weiterentwicklung der Mitbestimmung im Rahmen des Grundgesetzes und in Einklang mit den Grundprinzipien unserer freiheitlichen sozialen Marktwirtschaft eingesetzt. Das sind liberale Beweise!

Die FDP hat ihren ordnungspolitischen Einsatz schon früher verspielt.

■ PARTEIARBEIT

„Wir haben für Sie immer ein offenes Ohr“

Auch im Jahre 1975 wollen wir die Berichterstattung über Aktionen der CDU-Kreis- und Ortsverbände fortsetzen. Wir können jedoch nicht alle Aktionen, über die uns Berichte vorliegen, umfassend beschreiben. In einigen Zuschriften ist aber der Wunsch nach mehr Informationen geäußert worden. Diesem Anliegen wollen wir gern Rechnung tragen. Deshalb geben wir in Zukunft mit dem Bericht immer die Anschrift des jeweiligen CDU-Kreis- oder Ortsverbands an.

Hilfsaktion

Winter- und Weihnachtsbeihilfe kann eine alleinstehende, über 65 Jahre alte Person erhalten, wenn . . .“, so beginnt ein Flugblatt des CDU-Stadtverbandes Zell. Noch andere Hinweise sind darin aufgeführt; Hinweise, die zeigen, wer unter welchen Voraussetzungen Vergünstigungen beantragen kann. Die CDU in Zell beschränkt sich aber nicht auf die bloßen Hinweise, sondern bietet ihre Hilfe an: „... möchten wir Ihnen helfen und zur Klärung beitragen: z. B. bei Rentenanträgen, Befreiung von Rundfunkgebühren, Anträgen und Schriftverkehr mit Behörden, Bauplänen, Finanzierungen, Ausbildungsförderung, Beihilfen nach dem Sozialhilfegesetz, Schulfragen, Berufsfragen, sozialer Dienst!“
Dieser kostenlose CDU-Service erfordert sicher viel Mühe und Zeit. Aber er

wurde in Zell mit Vertrauen honoriert. Die CDU stellt seit der Kommunalwahl im Frühjahr 1974 in Zell die absolute Mehrheit.

Stadtverband 5583 Zell/Mosel, Postfach 50

Stadtteil-Zeitungen

Einfache, aber gut aufgemachte Stadtteilzeitungen gibt der Kreisverband Darmstadt heraus.

In einer Auflagenhöhe bis zu 6 000 Exemplaren erscheinen die Hefte im Format DIN A 5 vierteljährlich.

Freiwillige Helfer der einzelnen CDU-Bezirksgruppen sorgen für die Verteilung an alle Haushalte.

Diese stadtteilbezogenen Ausgaben sind ein wirksames Mittel zur Unterstützung kommunalpolitischer Arbeit; zumal hierdurch die individuelle Ansprache eines von seiner Größe her überschaubaren Personenkreises möglich ist.

Kreisverband 61 Darmstadt, Hügelstr. 8

Senioren-Rundfahrt

In Lendringsen sind 250 Bürger — fast 2% der Einwohner — Mitglieder der CDU. Dies ist kein Zufall, sondern das Ergebnis guter Arbeit. Rührige CDU-Frauen veranstalteten vor einigen Wochen mit 300 Senioren eine Busrundfahrt durch die Gemeinde. Neben dem Rathaus wurden andere Ge-

meindeeinrichtungen, wie Freibad, Freizeitzentrum, Schulen, Turnhallen und Lehrschwimmbekken, besichtigt. Die Rundfahrt endete in der Schützenhalle, wo Kaffee und Kuchen bereitstanden.

Ortsverband 5757 Lendringen

Volkswandertag

Unter das Motto „Mit der CDU ins Ziel“ hatte der Ortsverband Niederkassel seinen Volkswandertag gestellt. Trotz des regnerischen Herbstwetters waren etwa 250 Personen dem Aufruf gefolgt.

Übrigens: Etwa die Hälfte der Teilnehmer waren nicht Mitglieder der CDU. Neben Erfrischungen und Erbsensuppe zu „CDU-Preisen von 1966“ wurde auch aktuelles Informationsmaterial der CDU verteilt.

Schon im April 1975 soll die zweite Veranstaltung dieser Art in Niederkassel gestartet werden.

Kreisverband Rhein-Sieg 52 Siegburg, Wilhelmstraße 107

TERMINE

- 9./10. 1. **CDU — Bund, Sicherheitspolitischer Kongreß, Koblenz**
- 13. 1. **CDU — Bund, Präsidium, Bonn**
- 13. 1. **LV Braunschweig, Landesvorstand Braunschweig**
- 17. 1. **KPV — Bund, Vorstandssitzung Berlin**
- 17. 1. **LV Berlin, Landesvorstand**
- 17./18. 1. **CDU — Bund, Fachkommission „Vereinheitlichung der öffentlichen Verfahrnsordnungen“ des BACDJ**
- 18. 1. **CDU — Bund, Frauenvereinigung Hauptausschuß, Bonn**
- 20. 1. **CDU — Bund, Präsidium, Berlin**
- 20. 1. **CDU — Bund, Bundesvorstand Berlin**
- 24. 1. **LV Braunschweig, Landesauschuß, Braunschweig-Düsseldorf**
- 25./26. 1. **JU — Bund, Bundesvorstand Bonn**
- 29. 1. **CDU — Bund, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn**
- 31. 1. **LV Berlin, Landesvorstand**
- 31. 1. **LV Berlin, Landesauschuß**

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

NEU:

Arbeitslosigkeit und Inflation:

Was nun, Herr Bundeskanzler?

Mehr soziale Sicherheit

CDU

WANDZEITUNG

„Arbeitslosigkeit und Inflation: Was nun, Herr Bundeskanzler?“

Diese Wandzeitung befaßt sich mit der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Arbeitslosigkeit ist das zentrale Thema. Der Weg aus der Sackgasse führt nur über eine geordnete Wirtschaftspolitik.

Mindestabnahme: 25 Exemplare
 Preis: 4,— DM pro 25 Exemplare
 Best.-Nr. 321

Bestellungen an das VVA-Versandzentrum in 4 Düsseldorf 1, Postfach 8227.
 Alle Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer und Versandkosten.

ZITAT

Was will Genscher?

Der FDP-Vorsitzende befindet sich augenscheinlich in der Lage des ängstlichen kleinen Jungen, der laut pfeifend durch den finsternen Wald marschiert. Er macht sich und den Seinen Hoffnung, aber bei näherem Hinsehen ist es Wählern und Sympathisanten der FDP fast unmöglich zu erkennen, worauf sich diese Hoffnung gründet. Hans Dietrich Genscher, der als Bundesinnenminister so herzhaft konkret zu reden verstand, ergeht sich neuerdings als Parteichef so oft in Allgemeinplätzen und Unverbindlichkeiten, daß es zumal für die SPD immer schwerer wird zu erfahren, was ihr Partner eigentlich will.

So möchte die FDP laut Genscher „unbeirrbar an einer Reformpolitik mit Augenmaß“ festhalten. Dadurch werden, zum Beispiel in Sachen Mitbestimmung und Berufsausbildung, bei linken Kräften in der SPD erneut Hoffnungen geweckt, die jedoch gar nicht zu erfüllen sind. Der sicherlich nicht zufällige Vorstoß des FDP-Generalsekretärs Bagemann gegen Gewerkschaftsherrschaft in Betrieben und die von Wirtschaftsminister Friderichs geäußerten Bedenken gegen eine weitere Belastung unserer Wirtschaft mit einer Ausbildungsabgabe bezeugen doch, daß die starken Männer hinter Genscher etwas ganz anderes wollen.

Warum sagt der Parteichef dann nicht mutig, daß seine Partei — angesichts

Anschrift:

*der ungewissen Lage der Wirtschaft — in Wirklichkeit kostspielige Reformen und neue Unsicherheiten verhindern will? Dies wäre doch ein Standpunkt, den viele Wähler gerade jetzt respektieren und der der kleinen Partei eine neue Rechtfertigung verschaffen würde. Genscher jedoch wich einer präzisen Aussage zum Mitbestimmungskompro-
miß der Koalition aus.*

Auch die Versicherung, die Partei sei kein „Mehrheitsbeschaffer“ für die anderen, bringt die FDP auf keinen festen Boden. Natürlich ist sie es in dem von ihr selbst so vehement verteidigten Dreiparteiensystem der Bundesrepublik doch; so sehen es zu Recht SPD und CDU/CSU. Wenn die kleine Partei überhaupt noch etwas bewegen will, darf kann sie es nur im Bündnis mit den anderen, die in ihr zuerst immer den gegenwärtigen oder potentiellen Partner sehen, sofern es den großen nicht gelingt, die FDP-Stimmen ganz aufzusaugen. Mit dieser Rolle wird sich Genscher auch 1975 abfinden müssen.

Das traditionelle Dreikönigstreffen, früher meist ein erfrischender Jungbrunnen für die Partei, war in diesem Jahr eher eine Kur, die der Patient abgeschlafft verläßt.

Rheinische Post vom 7. 1. 1975

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD